

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Lenkungsgruppe der Interkommunalen Allianz Fränkischer Süden

Sitzungstermin: Dienstag, 20.08.2013
Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Sitzungsende: 16:50 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal Rathaus Giebelstadt

Anwesend waren:

Stimmberechtigt: 1. Bürgermeister

Friedrich, Rainer	Stadt Ochsenfurt
Fries, Edwin	Gemeinde Riedenheim
Gramlich, Edwin	Markt Bütthard
Geßner, Hermann	Markt Gelchsheim
Holzapfel, Anton	Gemeinde Kirchheim
Hügelschäffer, Karl	Markt Reichenberg
Krämer, Helmut	Markt Giebelstadt
Melber, Robert	Stadt Aub
Mühleck, Ludwig	Gemeinde Sonderhofen
Öchsner, Hermann	Gemeinde Tauberrettersheim
Rhein, Bernhard	Gemeinde Gaukönigshofen
Umscheid, Martin	Stadt Röttingen
Volkert, Michael	Gemeinde Bieberehren

Amt f. Ländl. Entwicklung
Bromma, Robert

Amt f. Ländl. Entwicklung
Fischer, Raimund

Amt f. Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Weber, Joachim

zu TOP 2

Bayerischer Bauernverband
Konrad, Elmar

zu TOP 2

Landratsamt Würzburg
Buchner, Klaus

Bbv-LandSiedlung GmbH
Moninger, Steffen
Stolzenberger, Florian

zu TOP 2

zu TOP 2

Umsetzungsmanager ILEK
Grimm, Sebastian

Fehlend:

Stimmberechtigt: 1. Bürgermeister

Schäfer, Josef

Entschuldigt fehlend – Gemeinde Geroldshausen

Landratsamt Würzburg

Stumpf, Armin

Entschuldigt fehlend

I n h a l t s v e r z e i c h n i s :

Öffentlich:

- 01 Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 11.06.2013 - beschließend
- 02 Konzept Kernwirtschaftswegenetz;
Darstellung aktueller Stand und Beratung der weiteren Projektschritte - Info
- 03 „Strategiepapier Vernetzung“ Büro Klärle;
Information und Beratung über weiteres Vorgehen - Info und Beratung
- 04 Erstellung Allianz-Internetseite und Print-Medien;
Informationen zur Ausschreibung und Beratung über weiteres Vorgehen - beratend
- 05 Planung Infoveranstaltung: „Umnutzung öffentlicher Gebäudeinfrastruktur“ - Info
- 06 Wettbewerb „Staatlich anerkannte Öko-Modellregionen“ – Info und Beratung
- 07 Bekanntgaben und Anfragen - Info

Der Sprecher der Allianz, BM Krämer, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit der Lenkungsgruppe der Interkommunalen Allianz Fränkischer Süden fest.

Öffentlich:

TOP 01 Genehmigung der Sitzungsniederschrift vom 11.06.2013 - beschließend

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung der Interkommunalen Allianz Fränkischer Süden vom 11.06.2013 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0

TOP 02 Konzept Kernwirtschaftswegenetz; Darstellung aktueller Stand und Beratung der weiteren Projektschritte - Info

Sachvortrag:

BM Krämer erkundigt sich, ob alle Bürgermeister die versendeten Planentwürfe des Wegenetzes erhalten haben. Diese wurden vergangene Woche für den Altkreis Ochsenfurt mittels Landkreispst und für die VG Kirchheim und den Markt Reichenberg per Brief versendet.

Nur vereinzelt sind diese noch nicht angekommen.

Anschließend übergibt er Herrn Moninger das Wort, welcher in seinem Vortrag den aktuellen Stand und den Verlauf des Wegenetzes erläutert.

Er erklärt, dass aufgrund der Gespräche in den Kommunen zunächst ein Wegenetzkonzept erstellt wurde, welches zu einem großen Teil parallel zum Straßennetz verlief und 177 km Länge an ergänzenden Kernwegen aufwies. Aufgrund der hohen Kosten für den Ausbau dieser Wegstrecken wurde ein zweiter Wegenetzentwurf erarbeitet, welcher zum überwiegenden Teil bereits klassifizierte Straßen (Bundes-, Staats- und Gemeindestraßen) als Kernwege ausweist. Um eine ausreichende Maschendichte von 1,5 bis 2 km zu gewährleisten, wurden auch hier ergänzend Flurwege als Kernwege ausgewiesen, welche in diesem zweiten Entwurf eine Gesamtlänge von nun noch 117 km haben.

Gegenüberstellend würde dieser zweite Entwurf eine Kostenreduktion von ca. 8,5 Mio. EUR (17 Mio. EUR zu 25,5 Mio. EUR) bedeuten. Allerdings wird auch hier angemerkt, dass nicht alle ergänzenden Kernwege eine ausreichende Fahrbahndecke aufweisen.

Als Problempunkte des Konzeptes nennt Herr Moninger, dass aufgrund der unterschiedlichen Straßenstruktur die Maschendichte nicht überall vergleichbar herzustellen ist, bspw. in Geroldshausen oder Bütthard. Weiterhin wurde durch das Straßenbauamt in einer Stellungnahme zwar grundsätzlich klargestellt, dass auch Bundes- und Staatsstraßen dem landwirtschaftlichen Verkehr offen stehen, jedoch die Empfehlung ausgesprochen, im Falle der B 19 und der B 13 eine alternative Wegeführung einzubeziehen. Dazu nennt Herr Moninger für den Teilbereich der B 19 zwischen Würzburg und Giebelstadt, auf welchem die Verkehrsbelastung besonders hoch ist, eine parallele Wege-Variante westlich der Bundesstraße.

Auf die Frage durch Herrn Buchner und BM Gramlich, ob denn auch die Umgehung Giebelstadt mit einbezogen sei, antwortet Herr Moninger, dass der geplante Verlauf zwar berücksichtigt ist, jedoch die Planung sich auf die aktuelle Lage bezieht.

Herr Bromma ergänzt, dass das Konzept ausreichend flexibel sei, um die Maßnahmen im Falle der Umgehung entsprechend anzupassen. Dennoch ist dieser Fall mit einzubeziehen.

BM Umscheid wendet ein, dass die Wegeführung des zweiten Entwurfs zwar im Sinne der Kosten sinnvoll und nachvollziehbar sei, jedoch sehr von der Anfangsaussage abweicht, welche die Verkehrsstraßen von den landwirtschaftlichen Fahrzeugen entlasten sollte. Für die Gemarkung Röttingen sieht er zwei Konflikte. Zum einen mit dem Radverkehr und zum andern verläuft ein Teil der Wege im FFH-Gebiet, was einen Ausbau sehr erschweren würde.

Herr Bromma merkt an, diese Problemlagen im Bericht festzuhalten und mögliche Lösungsvorschläge aufzuzeigen. Die Lösung der Details ist Aufgabe der späteren Umsetzung. Hierzu sei auch die Beschreibung des Zustandes der Wege wichtig und die Festlegung, welche Wege priorisiert ausgebaut werden sollen. Herr Fischer ergänzt, dass das Konzept eine Definition für Kernwege liefert und eine Förderung des Wegebbaus eröffnet. Die Einzelmaßnahmen benötigen dann eine Detailplanung. Zur Erfassung der Wege beschreibt Herr Moninger das Vorgehen. Neben dem Zustand der Fahrbahndecke werden auch Einmündungen zu den Verkehrsstraßen erfasst, beurteilt und bewertet, ob ausreichend Kurvenradien bestehen. Um die Erfassung fertigstellen zu können, bittet er die BM um Rückmeldung, ob von Seiten der Gemeinden noch Änderungen gewünscht werden. Da hierfür vor Ort nochmals beraten werden muss wird beschlossen, die Stellungnahmen und Meldungen möglicher Konflikte bis spätestens **18. September** an die bbv-LandSiedlung zu melden.

Auf die Frage, welche Förderquoten für den Ausbau der Wege möglich seien, antwortet Herr Bromma abschließend, dass diese zwar noch nicht bestimmt sind, jedoch wohl zwischen 55 und 75% liegen werden.

TOP 03 „Strategiepapier Vernetzung“ Büro Klärle; Information und Beratung über weiteres Vorgehen - Info und Beratung

Sachvortrag:

Herr Grimm gibt eine kurze Zusammenfassung des Gesprächs mit den BM des Lkr. TBB und des Gesprächs mit dem LEADER-Manager für Unterfranken, Herrn Fuchs sowie Herrn BM Fiederling (Sprecher ILE-West) wieder.

Ergebnis aus Weikersheim war die Anfrage an das Büro Klärle, ein Angebot für die Erstellung eines Konzeptes zu möglichen Themenfeldern der länderübergreifenden Vernetzung anzufertigen, welches auch als Grundlage einer Bewerbung für das LEADER-Programm dienen könnte.

Inhalt des Gesprächs mit Herrn Fuchs war die Informationsvermittlung zu dem Programm LEADER, dessen Inhalten, Anforderungen und Bewerbungsvoraussetzungen.

Dazu zählen unter anderem die Notwendigkeit einer eigenen Rechtsform für die LAG, die Erstellung eines regionalen Entwicklungskonzeptes unter öffentlicher Beteiligung und die Einrichtung eines LAG-Managements. Das Gebiet sollte dabei thematisch wie geographisch homogen sein, zwischen 60.000 und 120.000 Einwohner haben und im Optimalfall deckungsgleich mit den Kreisgrenzen sein. Nach derzeitigem Stand ist mit dem Beginn der Bewerbungsfrist frühestens Anfang 2014 zu rechnen.

Weiterhin berichtet Herr Grimm, dass sich im Rahmen der Lenkungsgruppe ILE-West beraten und der Entschluss gefasst wurde, sich nicht an einer LEADER-Bewerbung und damit auch nicht an dem Konzept zu beteiligen. Derzeit sei man noch mitten im ILE-Aufbauprozess, so dass es derzeit zu früh sei, um über die Bewerbung in ein weiteres Förderprogramm nachzudenken.

Da in diesem Falle auch eine Bewerbung durch die Allianz Fränkischer Süden nicht möglich ist, gelte es nun zu diskutieren, ob das „Vernetzungskonzept“ dennoch in Auftrag gegeben werden soll. Die länderübergreifende Zusammenarbeit könnte so weiter ausgebaut werden und könnte damit als Grundlage für eine LEADER-Bewerbung im Jahr 2020 dienen.

BM Umscheid bedauert, dass die Bewerbung für das LEADER-Programm aufgrund der Absage durch ILE-West nicht mehr möglich sein wird. Er sieht die Möglichkeiten, welche rein durch ILE im landwirtschaftlichen Bereich geboten werden, als zu gering. Die wirkliche Umsetzung von Projekten gestaltet sich so als schwierig. Ein Konzept anzufertigen, welches keine Perspektive bietet hält, er für nicht sinnvoll. Vor allem, da bereits über die Landesgrenzen hinweg zusammengearbeitet wird.

Dem wird in der Runde zugestimmt. Damit wird die Auftragsvergabe an das Büro Klärle einstimmig abgelehnt.

Herr Bromma fügt abschließend hinzu, dass durch die voraussichtliche Anerkennung der Regionen im Gebiet TBB auch eine Vielzahl an Projekten angeschoben werden wird. Er schlägt vor, den Kontakt dennoch zu pflegen und sich regelmäßig über Vorhaben auszutauschen.

Beschluss:

Die Mitglieder der Lenkungsgruppe beschließen einstimmig, den Auftrag zur Erstellung des „Strategiepapiers Vernetzung“ nicht zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0

**TOP 04 Erstellung Allianz-Internetseite und Print-Medien;
Informationen zur Ausschreibung und Beratung über weiteres Vorgehen - beratend**

Sachvortrag:

Herr Grimm erläutert, dass er für die Erstellung einer Allianz-Internetseite sowie der Gestaltung einer Infobroschüre und eines Faltblattes in einheitlichem Design drei Büros angeschrieben und um die Abgabe eines Angebotes gebeten hat.

Dabei handelt es sich um die Büros „Medioton“ aus Giebelstadt, „LEMUR“ aus Ochsenfurt und „Hirsch & Wölfl“ aus Vellberg (Lkr. SHA).

Alle Büros haben nach persönlicher Rücksprache ein Angebot eingereicht.

Diese sind inhaltlich vergleichbar, auch wenn beim Umfang und in der verwendeten Software Unterschiede bestehen.

Insgesamt werden alle drei Büros als geeignet bewertet, die Aufgaben in gefordertem Maße zu erfüllen.

Die Abstimmung über die Vergabe erfolgt unter TOP 2 des nicht-öffentlichen Sitzungsteils.

TOP 05 Planung Infoveranstaltung: „Umnutzung öffentlicher Gebäudeinfrastruktur“ - Info

Sachvortrag:

Wie in der vergangenen Sitzung der Lenkungsgruppe abgestimmt, soll die Schließung der Schule in Riedenheim zum Anlass genommen werden, eine Allianz-Infoveranstaltung zu organisieren, welche sich mit dem Thema Umnutzung öffentlicher Gebäude beschäftigt.

Herr Grimm erläutert, dass er hierzu bereits mit möglichen Referenten Kontakt aufgenommen hat. Zur Verfügung steht dabei u.a. der Förderberater des Landkreises Würzburg.

Als mögliche Termine schlägt Herr Grimm die 42. oder 43. Kalenderwoche vor. Da am Dienstag, den 16. Oktober bereits eine Veranstaltung in Riedenheim stattfindet, einigt sich die Runde auf Dienstag, den 22. Oktober. Als Uhrzeit wird 19.30 Uhr angesetzt. Die Dauer der Veranstaltung schätzt Herr Grimm auf 1,5 bis 2 Stunden.

Ziel der Veranstaltung soll es sein, Impulse und Denkanstöße für Überlegungen zur Umnutzung zu geben. Hier ist vor allem auch die Bevölkerung vor Ort gefragt, welche ein solches neues Nutzungskonzept mit entwickeln muss.

BM Fries ergänzt, dass der Gemeinderat bisher noch nicht tiefergehend beraten hat, da diese Veranstaltung abgewartet werden soll. Allerdings denkt die Gemeinde darüber nach, zwei oder drei Räume für gemeindliche Zwecke zu nutzen. Über die Nutzung der restlichen Räumlichkeiten soll dann im Anschluss an die Veranstaltung diskutiert werden.

TOP 06 Wettbewerb „Staatlich anerkannte Öko-Modellregionen“ – Info und Beratung

Sachvortrag

Herr Grimm erläutert in Kürze den Inhalt des Wettbewerbs „Staatlich anerkannte Öko-Modellregionen“ des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Informationen dazu wurden bereits vor einigen Wochen von Herrn Stumpf an alle Kommunen per Mail versendet.

Ziel des Wettbewerbs ist es, das ökologische Bewusstsein der Menschen in den Regionen und bei den politisch verantwortlichen Gremien in den ländlichen Räumen zu stärken. Vor allem Gemeindeverbände sind aufgerufen, sich zu beteiligen.

Gefördert wird nach derzeitigem Kenntnisstand die Einstellung eines Projektmanagers / einer Projektmanagerin für mind. 2 Jahre mit 75% der Personalkosten. Ob für einzelne Maßnahmen zusätzliche Fördergelder zur Verfügung stehen, ist aus den zur Verfügung gestellten Informationen nicht zu ersehen.

Herr Grimm stellt die Frage an das Lenkungsgremium, ob sich die Allianz an diesem Wettbewerb beteiligen sollte.

BM Friedrich sieht die Teilnahme an dem Wettbewerb skeptisch, da auch derzeit schon viele Aufgaben anzugehen sind. Dem Thema könne man sich auch in Zukunft noch gezielter widmen.

Dem wird in der Runde zugestimmt.

BM Krämer lässt abstimmen, ob sich die Allianz an dem Wettbewerb beteiligt. Es wird sich einstimmig dagegen entschieden.

Beschluss:

Die Mitglieder der Lenkungsgruppe beschließen einstimmig, sich nicht an dem Wettbewerb „Staatlich anerkannte Öko-Modellregionen“ zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0

TOP 07 Bekanntgaben und Anfragen - Info

Innenentwicklung - Flächenmanagementdatenbank

BM Krämer nennt das Thema Innenentwicklung als eines der zentralen Themen der Allianz. Durch das Flächenmanagement-Datenbank-Programm des LfU, welches allen Kommunen kostenlos zur Verfügung gestellt wurde, lassen sich erste Erhebungen mit geringem Aufwand erstellen. Für Giebelstadt wird die flächendeckende Erhebung auf jeden Fall vorgenommen.

Herr Grimm greift dies auf und erläutert am Beispiel des OT Allersheim, für den durch eine Mitarbeiterin der Verwaltung bereits die Erfassung vorgenommen wurde, welche Informationen hierfür benötigt werden.

Er beschreibt, dass durch die in den Verwaltungen vorhandene Software der AKDB, durch Flächennutzungs- und Bebauungspläne sowie Einwohnermeldeamtsdaten bereits ein großer Teil der Erfassung abgedeckt werden kann. Allerdings werden zusätzlich noch Ortskundige (evtl. Gemeinderäte) für den Abgleich und Ergänzungen benötigt.

Die erfassten Flurstücke lassen sich anschließend mit geringem Aufwand in die Datenbank einpflegen. Der zeitliche Aufwand ist dabei abhängig von der Größe des Ortes und hat im Fall von Allersheim (ca. 330 Einwohner) etwa 4 Stunden (inkl. Recherche) benötigt.

Als Ergebnis lassen sich anschließend alle Innenentwicklungspotenziale geordnet nach Ort und Typ auf einen Blick abbilden.

Weitere Möglichkeiten der Datenbank sind die automatisierte Eigentümeransprache sowie Befragung mittels Fragebögen inkl. Auswertung, die Einrichtung einer Grundstücksbörse, die Errechnung des Wohnbaulandbedarfs wie das Monitoring der Innenentwicklung.

Herr Grimm bietet den Bürgermeistern an, das Programm vor Ort den Verwaltungsmitarbeitern vorzustellen.

Parallel zur Erfassung sieht der die Aufgabe der Allianz und der Kommunen, das Image für Wohnen im Innenbereich und Bauen im Bestand zu stärken. Dies kann durch verschiedene Öffentlichkeitsmaßnahmen aber auch durch finanzielle Anreize der Kommunen wie am Beispiel der Allianz Hofheimer Land geschehen.

BM Fries erläutert, dass die Erfassung gut und wichtig sei, jedoch das große Problem darin besteht, dass bei den Besitzern entweder kein Verkaufswille vorhanden sei oder aber die Preisvorstellungen zu hoch sind, was den Verkauf der Gebäude fast unmöglich macht.

BM Rhein ergänzt, dass die gleiche Problematik auch in Gaukönigshofen besteht. Hier wird versucht, in persönlichen Gesprächen auf die Eigentümer einzuwirken.

Allgemein ist die Lenkungsrunde einig, dass das Thema Innenentwicklung von zentraler Bedeutung ist und hier im Rahmen der Allianz unterstützt werden kann und soll.

Verwaltungszusammenlegung - Standesamt

BM Holzapfel berichtet von Überlegungen in der ILE-West, Bereiche der Verwaltungen interkommunal zusammenzulegen und fragt in die Runde, ob dies nicht auch ein Thema für die Allianz wäre, welches genauer geprüft werden kann.

BM Rhein ergänzt, dass in der ILE-West eine Standesamtszusammenlegung beschlossen wurde. Für alle 13 Kommunen wird es zukünftig noch zwei Standesämter geben.

Herr Bromma wendet ein, dass dies kein neues Thema bei Allianzen sei und dass in Rhön-Grabfeld die Standesamtszusammenlegung bereits mehrere Jahre besteht.

Es wird festgehalten, dass in der kommenden Sitzung hierüber berichtet werden soll und in Frage kommende Bereiche diskutiert werden.

Freizeit und Tourismus

BM Holzapfel berichtet von einem Ausflug nach Drachselsried im Bayerischen Wald. Dort gibt es ein Naturbad, welches rein biologisch betrieben wird. Dies sei ein gutes Beispiel für ein touristisches Projekt und auch im ILEK als Idee festgehalten. Er bittet darum, Informationen zu dem Bad in der kommenden Sitzung zu präsentieren.

Schwimmbäder

Herr Bromma nimmt das vorherige Thema zum Anlass und verweist auf den Aus- bzw. Umbau der beiden Schwimmbäder in Baldersheim und Gelchsheim. Durch das ALE werden beide Bäder finanziell unterstützt, was zu Diskussionen darüber führt, ob zwei Schwimmbäder in räumlich so geringem Abstand nötig seien. Da dies ein Bereich ist, der auch in der Allianz besprochen werden sollte, weist er darauf hin, dass diese auch hinter dem Ausbau beider Bäder stehen muss.

Die Begründung der Zuwendung erschließt sich nicht zuletzt auf unterschiedliche Nutzungskonzepte und die überörtliche Bedeutung der Bäder.

BM Umscheid stellt die Frage, warum die ILE darüber beschließen sollte, ob ein Ausbau vor Ort nötig ist und sich damit in kommunale Entscheidungen einmischen sollte.

Herr Bromma relativiert dies und erklärt, dass es hierfür keinen Beschluss der ILE benötigt, aber deren Zustimmung wichtig ist.

Diese ist allgemein vorhanden.

Tag der Franken 2014

BM Friedrich berichtet zum Abschluss vom geplanten Tag der Allianzen im kommenden Jahr, welcher im Zeitraum vom 28.06. bis zum 05.07. in Ochsenfurt stattfinden soll.

Er schlägt vor, hierfür eine Zusammenarbeit beider Allianzen, Fränkischer Süden und Maindreieck, anzustreben und gemeinsam Veranstaltungen zu organisieren.

BM Krämer bittet BM Friedrich rechtzeitig nähere Informationen an die Allianz zu senden, um frühzeitige Beratungen möglich zu machen.

Abschlussvermerk

Soweit nicht anders vermerkt, wurden Einsprüche nicht erhoben und die Beschlüsse einstimmig gefasst. Während der ganzen Dauer der öffentlichen Sitzung war das Gremium ununterbrochen beschlussfähig. Die öffentliche Sitzung wurde durch den Vorsitzenden ordnungsgemäß geschlossen. Im Anschluss daran fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Für die Richtigkeit:

Helmut Krämer
Allianzsprecher

Sebastian Grimm
Schriftführer